**Deutscher Bundestag** **Drucksache 18/872**
**18. Wahlperiode** 19.03.2014

# Beschlussempfehlung und Bericht

## des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer, Hansjörg Durz, Axel Knoerig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Wolfgang Tiefensee, Lars Klingbeil, Matthias Ilgen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD**
**– Drucksache 18/764 (neu) –**

**Technologie-, Innovations- und Gründungsstandort Deutschland stärken – Potenziale der Digitalen Wirtschaft für Wachstum und nachhaltige Beschäftigung ausschöpfen und digitale Infrastruktur ausbauen**

### A. Problem

Erarbeitung einer Digitalen Agenda 2014 - 2017, Weiterentwicklung der Breitbandstrategie, Sicherstellung eines offenen und freien Internets, Verbesserung der Versorgung ländlicher Bereiche, Anerkennung der Digitalisierung der Wirtschaft (Industrie 4.0) als zentrales Handlungsfeld der wirtschaftspolitischen Agenda, Vorlage von Eckpunkten für ein Venture-Capital-Gesetz zur Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für Startups in allen Phasen, Einsatz für das Recht auf Privatsphäre auf internationaler Ebene.

### B. Lösung

**Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

### C. Alternativen

Keine.

### D. Kosten

Keine.

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/764 (neu) anzunehmen.

Berlin, den 19. März 2014

**Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie**

| | |
|---|---|
| **Dr. Peter Ramsauer** | **Matthias Ilgen** |
| Vorsitzender | Berichterstatter |

## Bericht des Abgeordneten Matthias Ilgen

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/764 (neu)** wurde in der 20. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. März 2014 dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie dem Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, dem Ausschuss für Kultur und Medien und dem Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zielt darauf ab, die gesellschaftlichen Chancen und wirtschaftlichen Potenziale der Digitalisierung zu nutzen. Letztere erfasse zunehmend alle Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Die digitale Wirtschaft sei die Basis für künftige Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum und biete Deutschland ein enormes Potenzial für Wohlstand, nachhaltige Beschäftigung und Innovationskraft. Vor diesem Hintergrund wird die Bundesregierung aufgefordert, im Rahmen der jährlich zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel die gesellschaftlichen Chancen und wirtschaftlichen Potenziale mit einer Reihe von Maßnahmen zu nutzen. Unter anderem müsse gemeinsam mit dem Deutschen Bundestag eine Digitale Agenda 2014 - 2017 erarbeitet werden, die die Potenziale der digitalen Wirtschaft für Wachstum und nachhaltige Beschäftigung ausschöpft und im Dialog mit Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Tarifpartnern und Wissenschaft umgesetzt wird. Auch die Breitbandstrategie im Rahmen der Netzallianz Digitales Deutschland müsse weiterentwickelt und die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass sich auch Investitionen im ländlichen Raum lohnten. Ferner müssten die notwendigen Funkfrequenzressourcen unter Berücksichtigung der berechtigen Belange von Kultur und Medien für die weitere Verbesserung der Versorgung in ländlichen Bereichen vorgehalten werden. Die Digitalisierung der Wirtschaft (Industrie 4.0) müsse als zentrales Handlungsfeld der wirtschaftspolitischen Agenda begriffen und die Chancen der Digitalisierung in Bildung, Wissenschaft und Forschung müssten aktiv genutzt werden. Zudem gelte es, die Gründerkultur in Deutschland zu stärken und ihre Förderung zu einem wichtigen Schwerpunkt zu machen. Die Finanzierungsbedingungen für Startups müssten in allen Phasen verbessert werden. Dazu sollten Eckpunkte für ein Venture-Capital-Gesetz vorgelegt und bürokratische Hürden bei der Gründung abgebaut werden. Weiterhin müsse die Bundesregierung ein IT-Sicherheitsgesetz auf den Weg bringen und sich auf internationaler Ebene für das Recht auf Privatsphäre einsetzen. Die Initiativen zur besseren Ausbildung und Gewinnung von Fachkräften für die digitale Wirtschaft müssten gestärkt werden. Im internationalen Wettbewerb müsse durch geeignete Maßnahmen um Fachkräfte und Gründer geworben werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 18/764 (neu) verwiesen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat den Antrag auf Drucksache 18/764 (neu) in seiner 7. Sitzung am 19. März 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 18/764 (neu) in seiner 6. Sitzung am 19. März 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 18/764 (neu) in seiner 8. Sitzung am 19. März 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 18/764 (neu) in seiner 3. Sitzung am 19. März 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag anzunehmen.

## IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 18/764 (neu) in seiner 7. Sitzung am 19. März 2014 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, dass in dem Antrag der Koalitionsfraktionen alle Regelungsebenen der Politikfelder zusammengetragen worden seien. Es handele sich um einen Prüfkatalog an Handlungsempfehlungen, was in den nächsten Jahren getan werden müsse, um die digitale Wirtschaft im internationalen Kontext wettbewerbsfähig zu halten und Investitionshemmnisse zu beseitigen. 99 Prozent der in der Informations- und Kommunikationstechnologie tätigen Firmen wiesen unter 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf. Daher müsse man sich zukünftig darauf konzentrieren, diese kleinen und mittelständischen Unternehmen zu fördern. Auf europäischer Ebene sei ein einheitliches Datenschutzrecht für die Wirtschaft erforderlich, das sich an den hohen deutschen Datenschutzniveau orientieren müsse. Alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sollten einen leistungsfähigen Internetzugang erhalten - auch und gerade im ländlichen Raum.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, dass die Voraussetzungen zur Gründung digitaler Unternehmen einen Schwerpunkt im Antrag der Koalitionsfraktionen ausmachten. Bei den Gründungen sei in den vergangenen Jahren ein Rückgang zu verzeichnen gewesen, was Anlass zur Sorge biete. Für alle Phasen einer Unternehmensgründung müssten geeignete Finanzierungsbedingungen geschaffen werden. Auch müssten die Bedingungen für eine Unternehmensgründung deutlich entbürokratisiert werden. Vor dem Hintergrund der NSA-Affäre müsse der Bekämpfung der Unternehmens- und Wirtschaftsspionage besonderes Augenmerk gelten. Insoweit müsse die IT-Sicherheitsforschung unterstützt und ein IT-Sicherheitsgesetz auf den Weg gebracht werden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte, dass der Antrag der Koalitionsfraktionen aus ihrer Sicht zwar gut gemeinte, aber zu wenig konkretisierte Forderungen enthalte. Es sei offensichtlich, dass ein flächendeckendes Internet im ländlichen Raum nur durch die Kräfte des freien Marktes nicht zu erreichen sei. Insoweit sei der Staat gefordert, finanzielle Mittel bereitzustellen. Der aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. rechtliche Sonderweg Deutschlands in Bezug auf freies WLAN sei nicht nachvollziehbar. Es sei nicht tragbar, dass die Betreiber eines freien WLAN die Verantwortung für das Handeln Dritter zu tragen hätten. Darüber hinaus sei der Bund gefordert, ein Programm aufzulegen, mit dem Kredite speziell für Gründer ermöglicht würden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisierte, dass dem wichtigen Bereich der ökologischen Transformation keine hinreichende Aufmerksamkeit gewidmet werde. Das Thema Datensicherheit habe das Potenzial, zu einem Standortvorteil Deutschlands zu werden. Allerdings finde dieser Ansatz bei den Geschäftsmodellen der Unternehmensgründer kaum Berücksichtigung. Der oft geforderte Ausbau des Breitbandnetzes müsse finanziell unterlegt sein, wofür bisher keine Anzeichen zu sehen seien.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 18/764 (neu) anzunehmen.

Berlin, den 19. März 2014

**Matthias Ilgen**

Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333